

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 12.11.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Marion Krischok	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Frau Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Herr Hartmut Büchner	Sachkundiger Einwohner
Herr Carsten Hoheisel	Sachkundiger Einwohner
Frau Renate Krimmling	Sachkundige Einwohnerin
Herr Tobias Neumann	Sachkundiger Einwohner
Herr Chris Rüdric	Sachkundiger Einwohner
Herr Marko Rupsch	Sachkundiger Einwohner
Herr Ralf Borries	Verwaltung
Herr Egbert Geier	Bürgermeister

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Manuela Plath	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Dietmar Wehrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herrn Klaus E. Hänsel	Sachkundiger Einwohner
Herr Mario Schaaf	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Krischok, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Krischok, stellte die Tagesordnung fest.

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Sie bat um das Votum der **sachkundigen EinwohnerInnen**:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Sie bat um das Votum der **StadträtInnen**:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Der folgenden Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2014
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.
Vorlage: VI/2014/00269
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel 2013
Vorlage: VI/2014/00242
- 7.2. Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel 2014 zum Ende der Wahlperiode am 30.06.2014
Vorlage: VI/2014/00243
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2014

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, fragte an, ob es Änderungswünsche zur vorliegenden öffentlichen Niederschrift vom 30.09.2014 gibt und bat um Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis der sachkundigen EinwohnerInnen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis der StadträtInnen: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 4 Beschlussvorlagen

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass keine Beschlussvorlagen vorlagen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) an den Rechnungsprüfungsausschuss bzgl. der Mitgliedschaft im Transparency International Deutschland e.V.
Vorlage: VI/2014/00269

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass in der letzten Sitzung zu dieser Thematik festgestellt worden ist, dass nach der erfolgten Diskussion kein Beschluss gefasst werden konnte, da ein entsprechender Vorschlag dazu vorliegen muss. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI heute einen Antrag dazu vorgelegt, über welchen diskutiert und abgestimmt werden soll. Sie trug die Intention des Antrages vor und sprach an, dass sie dem Verein zwischenzeitlich eine kurze Information hat zukommen lassen und dieser geantwortet hat, dass er das Ergebnis aus der heutigen Sitzung und der Sitzung des Stadtrates abwarten wird. Sie eröffnete die Diskussion.

Herr Büchner, sachkundiger Einwohner, warb dafür, dass die Stadt Mitglied in diesem Verein bleiben soll, da die Stadt sich immer sehr im Wirken gegen Korruption engagiert hat. Die Stadt besteht nicht nur aus einer Person, der von der Staatsanwaltschaft Verfehlungen vorgeworfen werden, sondern aus vielen BürgerInnen, die durch das Anliegen des Vereins betroffen würden.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, unterstrich dies ebenfalls, indem er auch ansprach, dass die Stadt Mitglied ist und nicht der Oberbürgermeister. Seine Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Herr Doege, CDU/FDP-Fraktion, fragte, ob hierzu die Stadt oder die Stadträte angeschrieben worden sind.

Herr Borries, Fachbereichsleiter Fachbereich Rechnungsprüfungsamt, stellte kurz den bisherigen Werdegang und momentanen Sachstand dazu dar.

Herr Doege sprach an, dass es eine Stellungnahme des Stadtrates, die dann auch durch den Vorsitzenden des Stadtrates unterzeichnet werden sollte, sein müsste. Die Stellungnahme kann doch nicht nur durch den Verwaltungschef unterschrieben werden. Der Stadtrat muss seiner Ansicht nach diese Erklärung abgeben. Wäre dies gegenüber dem Verein rechtskonform.

Herr Borries bestätigte dies als rechtskonform, da der Verein damals auch die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses und den Vorsitzenden des Stadtrates zu einer Stellungnahme hierzu aufgefordert hat. Insofern sieht er hier kein Problem.

Herr Doege bat darum, dass die antragstellende Fraktion dies ebenso sieht und in ihrem Antrag mit übernimmt.

Frau Krischok antwortete, dass sie davon ausgegangen ist, dass auch der Oberbürgermeister hierzu angeschrieben worden ist und demzufolge eine Stellungnahme abgibt. Sie würde den Antrag um den vorgeschlagenen Passus im Beschlussvorschlag ergänzen und schlug eine entsprechende Formulierung vor.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, fragte an, ob mit Aufnahme dieses Beschlusspunktes der Beschlussvorschlag 2 wegfällt oder bleiben soll. Hier wird der Oberbürgermeister aufgefordert, auch eine Stellungnahme abzugeben.

Es gab eine kurze Diskussion zum bisherigen Beschlussvorschlag 2 durch verschiedene Mitglieder. Es wurde deutlich gemacht, dass ein Untreuevorwurf gegen eine einzelne Person der Stadt zum Einen nichts mit Korruption zu tun habe und zum Anderen keine Vorverurteilung dieser Person erfolgen sollte. Diese Diskussion führte zum Ergebnis, dass der bisherige Punkt 2 als Vorschlag Punkt 3 bestehen bleiben soll und der heute eingebrachte Vorschlag als Punkt 2 neu aufgenommen wird.

Mit dieser Formulierung des geänderten Beschlussvorschlages in den Punkten 1-3 waren die Mitglieder einverstanden und **Frau Krischok**, als Vertreterin der antragstellenden Fraktion, nahm dies zur Abstimmung so auf. Sie sagte zu, dies mit ihrer Fraktion zu klären. Es bestand Konsens, dass zu den einzelnen Beschlusspunkten eine getrennte Abstimmung erfolgen soll. Dies rief **Frau Krischok, Ausschussvorsitzende**, auch so auf.

Einzelabstimmung zu den 3 Beschlussvorschlägen:

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

Sachkundige EinwohnerInnen: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

StadträtInnen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu neuem Punkt 2:

Sachkundige EinwohnerInnen: einstimmig zugestimmt
StadträtInnen: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3, ehemals Punkt 2.:

Sachkundige EinwohnerInnen: **mehrheitlich zugestimmt**
4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

StadträtInnen: **mehrheitlich zugestimmt**
4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Halle (Saale) teilt Transparency International Deutschland e. V. mit, dass sie weiterhin Mitglied im Verein bleiben möchte.
2. **Der Stadtrat, vertreten durch den Vorsitzenden, gibt gegenüber Transparency International Deutschland e. V. eine Stellungnahme zu einer weiteren Mitgliedschaft der Stadt ab.**
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gegenüber Transparency International Deutschland e. V. eine Stellungnahme zur weiteren Mitgliedschaft der Stadt abzugeben.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vorlagen

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel 2013 Vorlage: VI/2014/00242

Herr Borries, Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt, führte kurz in die Informationsvorlagen *unter den TOP 7.1 und 7.2 ein* und stellte als Ergebnis fest, dass keine wesentlichen Beanstandungen bei der Selbstbewirtschaftung der Mittel durch die Fraktionen festzustellen waren. Es gab zwei Punkte, welche er kurz erwähnte. Beim Vorgriff auf nächste Haushaltsjahre war festzustellen, dass es haushaltsrechtlich nicht korrekt ist, im Vorfeld bereits auf das nachfolgende Haushaltsjahr zuzugreifen, auch wenn dafür Mittel da sind.

Das ist haushaltsrechtlich unzulässig. Der zweite Punkt, welcher festgestellt wurde, ist, dass Fraktionskonten bestanden haben, welche Kontoführungsgebühren und Zwangskontoauszugsgebühren enthalten haben. Das ist mittlerweile geklärt. Wir sind nicht bei Zuschüssen sondern bei allgemeinen Haushaltsmitteln, wo wir dem Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsprinzip unterliegen. Darauf wird zukünftig geachtet.

Herr Büchner, sachkundiger Einwohner, fragte an, ob es zulässig ist, dass echte Überträge da sind, welche ausgeglichen werden sollten. Wurde das durch diese Fraktion schon zurückgezahlt?

Herr Borries bestätigte die erfolgte Rückzahlung dieser Mittel.

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht über die Prüfung der Verwendung für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

zu 7.2 Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel 2014 zum Ende der Wahlperiode am 30.06.2014
Vorlage: VI/2014/00243

Dies wurde unter dem TOP 7.1. mit behandelt.

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht über die Prüfung der Verwendung für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2014 – Ende der Wahlperiode am 30.06.2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Weitere Mitteilungen:

Herr Borries, Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt, teilte mit, dass momentan die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 noch nicht erfolgen kann, da dieser dem FB 14 noch nicht vorliegt. Er wird dann im Jahr 2015 dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden. Den genauen Zeitpunkt, wann der Bericht vorgelegt werden kann, konnte er noch nicht benennen, rechnet frühestens im Juni 2015 damit.

Herr Geier sagte zu, im Protokoll den Zeitpunkt zu benennen, wann die Unterlagen zum Jahresabschluss 2013 übergeben werden können.

Nachtrag: Am 17.09.2015 soll im Rechnungsprüfungsausschuss der Jahresabschluss 2013 eingebracht werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur mündlichen Anfrage von Herrn Doege den Mitgliedern vorliegt.

Herr Peinhardt, CDU/FDP, fragte in Bezug auf die letzte Sitzung an, ob Herr Geier vom Personalrat den Protokollauszug zu dessen Aussage hinsichtlich der drei Einstellungen erhalten hat, da dies hier nicht vorliegt.

Herr Geier, Bürgermeister, teilte mit, dass er dem Personalrat das Anliegen des Rechnungsprüfungsausschusses durchgestellt und darum gebeten hat, dass der Personalrat ihm zurück meldet, ob dieser damit einverstanden ist, dass dieser gewünschte Auszug aus dem Protokoll dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung gestellt werden kann. Hierzu hat er noch keine Rückmeldung.

Herr Peinhardt, CDU/FDP, bat darum, dass der Personalrat, falls dieser den Auszug nicht zur Verfügung stellen möchte, zumindest eine Stellungnahme abgeben kann, ob dieser den Einstellungen zugestimmt hatte oder nicht.

Herr Geier machte darauf aufmerksam, dass er dem Personalrat keine Anweisungen geben kann, da dieser in der Selbstverwaltung sei, er kann diese Bitte dazu nur weitergeben.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Frau Krischok, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass es keine öffentlichen Anregungen gab und beendete die öffentliche Sitzung um 17.33 Uhr.

Egbert Geier
Bürgermeister

Marion Krischok
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in